



24.4263 Motion

## Die Hisbollah verbieten

|                     |                                     |
|---------------------|-------------------------------------|
| Eingereicht von:    | Sicherheitspolitische Kommission NR |
| Einreichungsdatum:  | 21.10.2024                          |
| Eingereicht im:     | Nationalrat                         |
| Stand der Beratung: | Eingereicht                         |

### Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die Hisbollah zu verbieten.

### Begründung

Die Hisbollah ist, ebenso wie die Hamas, eine radikalislamische terroristische Organisation, die für zahlreiche Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Sie agiert als paramilitärische und politische Macht im Libanon und wird von mehreren Staaten und Organisationen, darunter den USA, Deutschland, Kanada, der EU und den meisten arabischen Staaten, als terroristische Vereinigung eingestuft. Ihre ideologische und finanzielle Unterstützung des iranischen Regimes zeigt deutlich, dass sie sich nicht nur gegen den Staat Israel richtet, sondern auch eine Bedrohung für die Stabilität der gesamten Region darstellt.

Direkt nach der Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 hatte sich die Hisbollah-Miliz als Verbündete der Hamas positioniert. Man werde helfen, und zwar mit allem, was man habe, auch mit Gewehren und Raketen, liess die Organisation verlauten. Seit dem 8. Oktober beschiesst die Hisbollah aus dem Libanon den Norden Israels. Mehrere tausend Raketen wurden dabei auf Israel abgeschossen. Über 60'000 Israeli wurden aufgrund der Angriffe im Norden Israels gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen – ganze Ortschaften verkommen zu Geisterstädten.

Die Hisbollah rühmt sich ihrer Waffen und behauptet, sie könne alle Teile Israels treffen. In einem Bericht des Zentrums für strategische und internationale Studien (CSIS) aus dem Jahr 2018 wird die Hisbollah als „der weltweit am schwersten bewaffnete nicht-staatliche Akteur“ bezeichnet.

Die Terrororganisation verletzt seit Jahren die im Jahr 2006 verabschiedete Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates, die eine waffenfreie Sicherheitszone entlang zur Grenze zu Israel festlegt. Obwohl die Resolution darauf abzielt, langfristigen Frieden zu sichern und die Souveränität des Libanon zu stärken, ist die Umsetzung seitdem problematisch. Die Hisbollah hat weiterhin Waffen in die entmilitarisierte Zone geschmuggelt und militärische Stellungen aufgebaut, was eine direkte Verletzung der Resolution darstellt. UNIFIL hat es bislang nicht geschafft, diese Verstösse zu verhindern.

Angesichts der jüngsten Eskalationen und der ernsthaften Gefahr, die von der Hisbollah für Israel, die Region und die internationale Sicherheit ausgeht, ist es unerlässlich, konsequent auch gegen diese Organisation vorzugehen. Die Schweiz sollte sich daher ihrer Verantwortung stellen und, wie bereits bei der Hamas gefordert, ein umfassendes Verbot der Hisbollah erlassen.

### Zuständigkeiten

#### Behandelnde Kommissionen

N/A (N/A-D-V)

Sicherheitspolitische Kommission NR (SiK-NR)

#### Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)



## Weitere Informationen

Behandlungskategorie

IV

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

## Links

